Deutscher Bundestag **Drucksache 19/14043**
19. Wahlperiode 16.10.2019

Antrag

der Abgeordneten Bijan Djir-Sarai, Manuel Höferlin, Alexander Graf Lambsdorff Frank Sitta, , Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Olaf in der Beek, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Christian Sauter, Dr. Wieland Schinnenburg, Judith Skudelny, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Smart Germany – Beitritt Deutschlands zu den „Digital 9“-Staaten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Digitalisierung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Jeder Lebensbereich ist vom digitalen Wandel betroffen. Weder Privatpersonen oder Unternehmen noch Verwaltungen oder Staaten können sich diesem Wandel entziehen. Im Wettbewerb der Ideen zur Gestaltung der Chancen der Digitalisierung reicht es jedoch nicht aus, wenn Deutschland nur versucht, nicht den Anschluss zu verlieren. Das Ziel Deutschlands und damit auch der Bundesregierung muss sein, dass Deutschland zu den führenden Nationen und die EU zu den führenden Regionen der Welt im Bereich der Digitalisierung gehört.

Aktuell sind Deutschlands Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung ungenügend. Digitale Vorgänge, die in anderen Ländern, wie beispielsweise Estland, schon lange Selbstverständlichkeit sind, sind in Deutschland noch undenkbar. Dazu gehören unter anderem eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung und die konsequente Ermöglichung von Experimentierräumen als Inkubatoren für Ideen sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung, etwa in Form von digitalen Freiheitszonen (https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/estland-ist-eine-vorzeigenation-bei-der-digitalisierung-15005575.html). Um den digitalen Wandel auf diesen und weiteren Ebenen vollziehen zu können und die politischen Bemühungen auf einen echten Mehrwert für die Bevölkerung auszurichten, sollte die Bundesregierung auf den Austausch mit anderen Staaten setzen. Dieser Austausch muss über einen Know-How-Transfer mit den europäi-

schen Partnern hinausgehen. Die bi- und multilaterale Zusammenarbeit muss, genau wie die Digitalisierung selbst, nationale Grenzen überwinden und einen klaren Kurs in die Zukunft unserer Gesellschaften aufzeigen.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat eine Reihe von Staaten bereits getan. Die Gruppe der „Digital 9“ (D9) ist ein weltweiter Zusammenschluss von Staaten, die das Ziel verfolgen, bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien weltweit Vorreiter zu sein. Dabei soll der Nutzen von Digitalisierung und technologischem Fortschritt für die Bevölkerung im Fokus stehen. Die derzeitigen Mitglieder sind Kanada, Estland, Israel, Mexiko, Neuseeland, Portugal, Südkorea, Großbritannien und Uruguay (https://www.canada.ca/en/treasury-board-secretariat/news/2018/11/canada-welcomes-leading-digital-nations-into-the-digital-9.html). Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft teilen sie Best-Practice-Erfahrungen, tauschen sich über Verbesserungspotenzial im Bereich der digitalen Dienstleistungen/Services aus, arbeiten an gemeinsamen Digital-Projekten und fördern ihre digitale Wirtschaft. Voraussetzung für eine Aufnahme in die Gruppe der D9 ist vor allem das Bekenntnis zu den folgenden neun Prinzipien: User needs (Ausrichtung am Bürger), Open standards (Einsatz für offene Standards), Open source, Open markets (Einsatz für offene Märkte), Open government (Einsatz für Transparenz), Connectivity (Einsatz für online-Konnektivität), Teach children to code (Kinder dazu befähigen zu programmieren und „next generation skills“ zu erwerben), Assisted digital (barrierefreier Zugang der Bevölkerung zu digtialen Diensten), Commitment to share and learn (Kollaboration mit den anderen Mitgliedern) (https://www.digital.govt.nz/digital-government/international-partnerships/the-digital-9/).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- sich zu den neun Prinzipien der D9 zu bekennen und eine Strategie sowie einen Umsetzungsplan zu entwickeln, in welchen die dauerhaften Bemühungen zur Erfüllung der Prinzipien niedergelegt werden.
- sich für den baldigen Beitritt Deutschlands zur Gruppe der Digital 9 einzusetzen.
- den Beitritt zur Gruppe der D9 zum Anlass zu nehmen, um in Deutschland einen Europäischen Digitalgipfel und die jährliche Sitzung der D9 so bald wie möglich auszurichten.
- alle nationalen Bemühungen im Bereich der Digitalisierung darauf auszurichten, dauerhaft und nachhaltig zur Spitzengruppe der digitalen Staaten der Welt zu gehören.
- ein Digitalministerium einzurichten, über welches sich Deutschland in die Gruppe der D9 einbringt und welches federführend sowie koordinierend zugleich alle Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Digitalisierung bündelt und wirksam vorantreibt.
- nach dem Beitritt Deutschlands zur Gruppe der D9 den Deutschen Bundestag in regelmäßigen Abständen über die Tätigkeiten Deutschlands in der Gruppe der D9 zu unterrichten.

Berlin, den 15. Oktober 2019

Christian Lindner und Fraktion